

1. Mai 2016:

Es ist höchste Zeit für mehr Solidarität!

Unter dem Vorwand der Krisenlösung werden seit dem Beginn der „Euro-Krise“ 2008 politische und soziale Rechte der Beschäftigten Stück für Stück abgebaut.

Dies betrifft Flächentarifvertrags-Systeme ebenso wie den Kündigungsschutz, das Streikrecht und die soziale Sicherung. Letztlich geht es um die Schwächung gewerkschaftlicher Gegenmacht insgesamt.

Eine spürbare internationale ArbeiterInnenbewegung könnte diese Entwicklung umkehren und der derzeit fast ungestört betriebenen Umverteilung von unten nach oben ein Ende bereiten.

Wenn jedeR an sich selbst denkt ...

... dann ist an alle gedacht? In einer Gesellschaft, die auf Konkurrenz aufgebaut ist, haben sich offenbar auch viele KollegInnen dieses Motto zu eigen gemacht. Mit Vertrauen auf die eigenen Ellenbogen wird der eigene bescheidene Wohlstand – oder auch nur das Lebensnotwendige – gegen „KonkurrentInnen“ verteidigt.

Dies freut die RattenfängerInnen der AfD – und ganz besonders auch die KapitaleignerInnen, die sich ungestört weiter bereichern können, während sich die „kleinen Leute“ selbst zerfleischen.

Wer die AfD aus Protest oder zur Unterstützung ihres europakritischen Kurses wählt, um es „denen da oben“ mal richtig zu zeigen, hilft in Wirklichkeit gerade diesen, ihre Herrschaft zu sichern.

Das Europa des Kapitals

Den Anfang, die Lohnabhängigen zu enteignen und zu entrechten, hat bereits die Regierung unter Schröder (SPD) und Fischer (Grüne) gemacht, als sie zu Beginn der 2000er Jahre die Hartz-Gesetze einführte.

Auf Kosten der Lohnabhängigen nicht nur in Deutschland erhielt die deutsche Wirtschaft einen Wettbewerbsvorteil, von dem sie bis heute zehrt.

Die Verabschiedung der Hartz-Gesetze war jedoch keine allein nationale Entscheidung. Mit der Agenda 2010 wurde vielmehr die von europäischen Staats- und Regierungschefs im Jahr 2000 beschlos-

sene „Lissabon-Strategie“ umgesetzt, mit der Europa bis zum Jahr 2010 zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ gemacht werden sollte.

Die derzeitigen Angriffe auf die Errungenschaften der ArbeiterInnenbewegung folgen aus der 2010 verabschiedeten „Europa 2020“-Strategie. Die „EU-Agenda 2020“ ist das Nachfolgeprogramm der „Lissabon-Strategie“. Da die deutsche Politik die Entscheidungen der Europäischen Union maßgeblich beeinflusst, ist es kein Zufall, dass die deutsche Wirtschaft von deren Entscheidungen besonders profitiert hat.

Die Europäische Union ist das Europa des Kapitals.

Zurück zum Nationalstaat?

Wenn eine kapitalfreundliche Partei wie die AfD heute die EU kritisiert und „Deutschland zuerst“ ruft, so vertritt sie damit aber noch lange nicht unsere Interessen.

Ein rückwärtsgewandtes „zurück zum Nationalstaat“ ermöglicht beim heutigen Stand der gesellschaftlichen Entwicklung und der weltweiten wirtschaftlichen Verflechtungen keine fortschrittliche Entwicklung im Sinne der Lohnabhängigen.

Das gleiche gilt für die Standortpolitik von Gewerkschaften, die scheinbar die „nationalen“ Interessen ihrer Mitglieder verteidigt, tatsächlich aber die arbeitende Klasse spaltet und schwächt.

Solidarität: nur ein Wort?

Der Verlust des Arbeitsplatzes, die Konfrontation mit dem Hartz-IV-Regime, der Absturz in den Niedriglohnsektor – jedeR einzelne erlebt das als Schicksalsschlag.

Die unzähligen „Schicksalsschläge“ sind jedoch kein individuelles Unglück oder gar Versagen, sondern kalkulierte Folgen des kapitalistischen Wirtschaftssystems.

Die vielen Einzelnen, die scheinbar für sich alleine

stehen, teilen ihre Lage und ihre Interessen tatsächlich mit unzähligen anderen Menschen in Deutschland, in Europa und weltweit: So auch mit denen, die hier Zuflucht suchen. Die Geflüchteten müssen in die Kämpfe der Lohnabhängigen mit einbezogen werden, damit den Herrschenden die Spaltung zwischen „Einheimischen“ und „Fremden“ nicht gelingt. Deren Bestreben ist schließlich, die Löhne von beiden zu drücken.

Was hindert die europäischen Gewerkschaften und die europäische Linke daran, sich den existenziellen Herausforderungen endlich zu stellen und für eine europaweit koordinierte Gegenwehr zu kämpfen? Und für ein soziales, demokratisches und friedliches Europa? Nur im Munde geführt, ist „Solidarität“ nicht mehr als ein schönes Wort. Gelebte Solidarität jedoch ist die stärkste Waffe, die wir haben.

Wir brauchen eine breite außerparlamentarische und internationale Bewegung gegen Krieg, Terror und Rassismus.

Wir brauchen das gemeinsame Engagement für die Verteidigung der politischen und sozialen Menschenrechte für alle.

In Oberhausen, der Region und überall.

Kontakt:

Revolutionär Sozialistischer Bund / IV. Internationale
(RSB) Oberhausen
Postfach 100125
46001 Oberhausen

Email: info@rsb4-oberhausen.de

Netz: www.rsb4-oberhausen.de



Ist am Sonntag 1. Mai, dann gehört der Montag frei!